



STE Research Report

01/2012

Hake, V. M.; Rotte, R.; Fischer, W.

Medienanalyse zum Reaktorunfall in Fukushima

Institut für Energie- und Klimaforschung
Systemforschung und Technologische Entwicklung (IEK-STE)

Medienanalyse zum Reaktorunfall in Fukushima

Vergleichende Darstellung der medialen Rezeption in deutschen, britischen, französischen und spanischen Tageszeitungen

V. M. Hake,¹ R. Rotte,¹ W. Fischer²

¹ RWTH, Institut für Politische Wissenschaft, Aachen

² Forschungszentrum Jülich, IEK-STE

Executive Summary

The earthquake and the tsunami at the Japanese coast and the resulting nuclear catastrophe in Fukushima have been incidents of international impact on worldwide processes. Specifically, they have influenced dramatically the German energy politics up to an about-turn of the nuclear program until 2022. On the one hand, the present survey analyses the influence of different German print media on the debate on the energy issue in Germany. On the other hand, it deals with the way German newspapers report on the catastrophe in comparison to British, French and Spanish news coverage. Is the media main concern in this context just to take up social perception? What does German angst mean, a phenomenon repeatedly quoted and described in German as well as in European newspapers? The analysis gives first insight into these questions and illustrates the manner the main daily newspapers in Germany, Great Britain, France and Spain reflect on the events in Fukushima during the time period covered herein.

The analysis demonstrates that after the nuclear catastrophe in Fukushima the way newspapers reported was rather different. In France, UK and Spain there was a (partly mocking) discussion of the German discourse that revolved around the nuclear phase-out. The German discourse, which mainly turned inward, took hardly note of the discourse abroad, which concentrated upon the improvement of the nuclear power plant security.

Keywords

Nuclear, media, newspaper, policy, Germany, France, Spain, United Kingdom, Fukushima.

I Einleitung

Am 11. März 2011 erschüttert das Tōhoku-Erdbeben mit einer Stärke von 9 auf der Momenten-Magnituden-Skala Japan. Stunden später überrollt ein Tsunami Teile des japanischen Festlandes, hunderttausende Menschen verlieren ihr Hab und Gut, etwa 20 000 sterben. Die Flutwelle erreicht am Standort des Kernkraftwerkes Fukushima I eine Höhe von 15 Metern und setzt die sechs durch das Beben teilweise schon schwer geschädigten Reaktorblöcke z. T. unter Wasser. Die durch das Erdbeben und den Tsunami ausgelöste größte Katastrophe seit Tschernobyl, die vor allem die Reaktorblöcke 1-4 betrifft, wird später auf der siebenstufigen International Nuclear and Radiological Event Scale (INES) zur Einordnung und Bewertung von Ereignissen in Kernkraftwerken auf der höchsten Stufe, als katastrophaler Unfall (major accident), eingeordnet.¹

Fukushima rückt in den Brennpunkt der Medien, es herrscht weltweites Entsetzen, Trauer und Mitgefühl mit den Japanern. Etliche Extrabeilagen von Tages- und Wochenzeitungen dokumentieren die Katastrophe und ihre Folgen im Minutentakt, einer Hiobsbotschaft folgt die Nächste und in Deutschland entbrennt die trotz einer verbreiteten Ablehnung der Kernkraft abgeflachte Atomdebatte neu.² Forderungen nach dem Ende der Atomenergie werden laut, überall erscheinen Expertenmeinungen, die Menschen sind so zahlreich gegen Atomkraft auf den Straßen wie lange nicht mehr, in den Medien ist der Atomausstieg das alles bestimmende Thema. Auch die Politik reagiert rasch - und überraschend: Am 15. März 2011 verkündet die Bundesregierung in Person von Kanzlerin Merkel nach einer Rücksprache mit den Ministerpräsidenten, in deren Länder Kernkraftwerke stehen, unter Bezug auf § 19 Absatz 3 des Atomgesetzes (vorsorgliche Gefahrenabwehr) das „Atom-Moratorium“: Alle 17 Kraftwerke sollen einer Sicherheitsprüfung unterzogen und sieben vor 1980 gebaute Kraftwerke drei Monate lang stillgelegt werden. Der so eingeleitete Wandel der Energiepolitik führt zur Rücknahme der 2010 gesetzlich verankerten Laufzeitverlängerung, der Abschaltung von acht Atomkraftwerken und zur Entscheidung für den deutschen Atomausstieg bis 2022, der vom Bundestag durch das dreizehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes, in Kraft seit dem 6.8.2011,³ festgeschrieben wurde.

Warum aber löste die Fukushima-Katastrophe in Deutschland solch starke politische Konsequenzen aus und konnte die Energiepolitik einfach so von heute auf morgen verändern? Wie hat die printmediale Berichterstattung, die schon bei den Ereignis-

¹ Zu Ursachen, Verlauf und Folgen der Katastrophe vgl. die Sonderseiten der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit – GRS: <http://fukushima.grs.de/> (abgerufen 7.3.12).

² Zur deutschen Kernenergie-debatte vgl. [Radkau, 2011] [Feindt, 2010] [Roose, 2010].

³ Vgl. den Gesetzestext unter: http://www.bmu.de/atomenergie_ver_und_entsorgung/downloads/17_legislaturperiode/doc/47463.php (abgerufen 7.3.12).

sen im Kraftwerk Krümmel 2007 und 2009 Auswirkung auf landes- und bundespolitische Entwicklungen hatte [Krah, 2011], dazu beigetragen? Wieso haben nicht andere Staaten Europas oder die USA, wo erstmals seit dem „ernsten Unfall“ (INES 5) im Atommeiler Three Mile Island (1979) zwei neue Reaktoren gebaut werden,⁴ eine solche Entscheidung gegen Kernkraft getroffen?⁵ Wie ist die Katastrophe in anderen europäischen Ländern wahrgenommen und dargestellt worden? Gibt es Parallelen zur deutschen Berichterstattung oder deutliche Unterschiede? Ist Fukushima tatsächlich nur in Deutschland zum Politikum geworden und in anderen Staaten die reine Katastrophe geblieben? Und wie bedeutsam ist der Anteil der berichterstattenden Medien an der deutschen politischen Konsenslösung gewesen? Können Medien, indem sie bestimmte Stimmungen einer Gesellschaft aufgreifen, die Politik zum Handeln zwingen? Hätte Bundeskanzlerin Merkel den Atomausstieg auch vorangetrieben, wenn der Druck nicht von Bevölkerung und Medien gleichzeitig ausgegangen wäre?

Ziel der folgenden Untersuchung ist es, darzustellen, auf welche Art und Weise Printmedien in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Spanien über die Ereignisse in Fukushima berichtet haben, inwieweit der Unfall die Forderungen nach politischem Handeln und nach Veränderung hat laut werden lassen und ob sich die deutschen Tageszeitungen dabei von ihren europäischen Nachbarn abgrenzen. Allerdings darf die Untersuchung nicht als umfassende Bewertung des gesamtmedialen Umganges mit der Reaktorkatastrophe verstanden werden, sondern soll einen ersten Einblick geben, wie das Thema in tagesaktuellen, landesweit gelesenen Zeitungen in Deutschland und dem europäischen Umland reflektiert worden ist.

II Methode

Es ist die Aufgabe einer Medienanalyse, eine Relation zwischen realer und medialer Wirklichkeit herzustellen. In Zeiten, in denen die Beobachtung von Vorgängen in der Welt so wichtig geworden ist wie nie zuvor, nimmt die Bedeutung der Überprüfung von Arbeitsweise und Ergebnissen der Beobachter stetig zu. Medien tragen verstärkt zu konstruierter Realität bei, so dass besonders die Untersuchung der Wirkungen solcher Wirklichkeitskonstruktionen zunehmend an Relevanz gewinnt (vgl. zum Thema und zur Methodik [Merten, 2007, S. 30ff] [Heinisch, 2007] [Hickethier, 2010] [Neumann, 2011] [Krah, 2011]).

⁴ Vgl. <http://www.southerncompany.com/nuclearenergy/home.aspx> (abgerufen 7.3.12).

⁵ Die wachsende Ablehnung der Kernkraft in Japan und die energiepolitischen Folgen können hier nicht thematisiert werden. Nicht übersehen werden darf auch, dass der Ausbau der Kernkraft weitgehend auf Länder beschränkt ist, in denen der Strommarkt staatlich kontrolliert wird oder wo Subventionen bereitstehen. Zu unterschiedlichen Bewertungen der Perspektiven der Kernkraft vgl. [Rao, 2011] [Schneider et al., 2011].

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit ausgewählten deutschen, britischen, französischen und spanischen Printmedien und deren Berichterstattung über die Reaktorkatastrophe in Fukushima.⁶ Um ein repräsentatives Bild der Zeitungsarbeit zu dieser Zeit zu schaffen, wurden jeweils zwei große Tageszeitungen ausgewählt, aus denen Leitartikel und Kommentare (Meinungsartikel) ebenso berücksichtigt worden sind wie informierende Nachrichten. Entscheidend bei der Auswahl der Zeitungen ist eine hohe Vergleichbarkeit der gewählten Medien. Bewusst wurden für die vorliegende Analyse Leitzeitungen gewählt, da diese auf besonders hohem journalistischem Niveau arbeiten und deswegen auch als Meinungsführer für andere Medien dienen [Müller, 2007, S.125ff].

Als Standardverfahren für die vorliegende Medienanalyse ist die Themenanalyse gewählt worden, die speziell für die Untersuchung von Medieninhalten entwickelt worden ist und ergänzend Frequenzerhebungen mit in die Analyse einbezieht. Frequenzen werden hierbei durch die Definition bestimmter, für das Thema Fukushima zentraler, Suchbegriffe ermittelt, die eine Eingrenzung auf ausschließlich themenspezifische Artikel ermöglicht [Müller, 2007]. Durch den unterschiedlichen Aufbau der verschiedenen Online-Archive ist eine einheitliche Recherche mit gleichen Suchparametern nicht möglich gewesen, sondern musste individuell angepasst werden. In den deutschen Archiven war eine sehr detaillierte und konkrete Suche möglich, bei den ausländischen Datenbanken musste weitläufiger gesucht werden, um ein ausgewogenes Ergebnis und umfassendes Bild zur Thematik zu erlangen.

Die Recherche hat ergeben, dass ein riesiges Arsenal an zu bewertendem Medienmaterial zu Fukushima zur Bearbeitung vorhanden ist, da neben Fernsehen und Radio mit dem Internet ein weiteres Informationsmedium hinzugekommen ist. Die Bearbeitung aller einflussnehmenden Medien ist im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich. Deshalb beschränkt sich die Arbeit auf die internationale Tagespresse im Printformat ohne Beilagen, Sonderhefte, Interviews oder sonstige besondere Formen der Dokumentation zu berücksichtigen.

Bearbeitet und analysiert wurden ausschließlich Analyseeinheiten, auf die in den jeweiligen elektronischen Datenbanken zugegriffen werden konnte und in denen die Recherche mit Hilfe von Suchparametern eingegrenzt werden konnte. Anschließend wurde eine Vorauswahl der zu bearbeitenden Artikel getroffen, auf die sich die ausführliche Analyse im Anschluss bezieht. In der statistischen Auswertung finden sich sowohl die Anzahl der Gesamtartikel als auch die der tatsächlich analysierten Artikel. Stichprobenartig wurde bei den deutschen Publikationen überprüft, ob diese wirklich

⁶ Zu den Energiepolitiken und der Rolle von Kernkraft in diesen Ländern vgl. die Länderstudien in der Reihe Energy Policies of IEA Countries, die von der Internationalen Energieagentur, Paris, erarbeitet werden: http://www.iea.org/publications/free_new_key_result.asp?keys2=4151; ferner die gegenüber Kernkraft kritischen Analysen in [Mez et al., 2009].

relevant sind und einer Konfrontation mit ihrem Erscheinungsbild in der gedruckten Zeitung standhalten. Hierzu wurde in einzelnen Ausgaben nachgelesen und untersucht, ob die Archiv-Selektion der eigenen Wahrnehmung beim Lesen in physisch vorliegenden Ausgaben entspricht.

III Deutschland

III.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Um die Medienanalyse zum Thema Tsunamikatastrophe, den katastrophalen Unfällen an den Atomreaktoren in Fukushima und deren unmittelbare Auswirkungen auf die deutsche Klima- und Energiepolitik durchzuführen, beschränkt sich die Recherche im Online-Archiv der FAZ auf mehrere Faktoren:

- der zu untersuchende Zeitraum umfasst den 14.03.-31.05.2011 und bezieht sich ausschließlich auf Artikel, die im Printmedium FAZ veröffentlicht wurden;
- analysiert werden ausschließlich Artikel mit konkretem Bezug zu Deutschland in den Ressorts Politik, Wirtschaft und Feuilleton;
- recherchiert wurden die Begriffe Fukushima + Atom bzw. Fukushima + Kern mit einem Suchergebnis von insgesamt 182 bzw. 131 Artikeln.

III.1.1 Politik

Die Recherchearbeit erbrachte für die Suche nach Fukushima + Atom insgesamt 95 Artikel, von denen 7 von der FAZ als Leitartikel geführt werden. Von der Gesamtartikelzahl wurden 44 im März, 27 im April und 24 im Mai veröffentlicht. Die Leitartikel lassen sich wie folgt aufstellen: 4 erschienen im März, 2 im April und 1 im Mai. Im zweiten Suchlauf zum Thema Fukushima + Kern kann ein Ergebnis von 77 Veröffentlichungen festgehalten werden, wovon 32 in den Monat März, 22 in den April und 23 in den Mai fallen. Als Leitartikel werden 5 Publikationen geführt, davon jeweils 2 in den Monaten März und April, 1 für den Mai.

Für die inhaltliche Analyse wurden insgesamt 12 Artikel ausgewählt, von denen 3 zur Gruppierung der meinungsdarstellenden Leitartikel zählen.

III.1.1.1 Inhaltliche Analyse der Leitartikel

Ein Leitartikel definiert sich grundsätzlich als Tageskommentar der großen Tageszeitungen. Er wird in meinungsausßernder Form verfasst und reflektiert Linie bzw. Einstellung der Zeitung zu einem – meist tagesaktuellen – Thema.

Einig sind sich die Autoren der Leitartikel im Entsetzen über die dramatischen Vorgänge in Fukushima und im Mitleid mit der japanischen Bevölkerung. Auch die aus dem Unglück entstandene politische Ausnahmesituation wird ähnlich beurteilt.

Stefan Dietrich kritisiert am 15.03.2011 in *Der Deal ist geplatzt* einen unüberlegten und überhasteten Atomausstieg, der bereits zu diesem Zeitpunkt zum nationalen

Thema geworden ist, in Dietrichs Augen aber auch durch den Reaktor-Unfall in Fukushima keine Berechtigung findet. Das Problem sei nicht das Unglück in Japan, sondern die zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung für deutsche Atommeiler. Er unterstellt der Koalition aus CDU und FDP einen „Deal“, der ausschließlich aus wirtschaftlichen Interessen heraus vereinbart worden sei und dem jeglicher Anspruch auf Glaubwürdigkeit abgesprochen werden müsse: eine Laufzeitverlängerung ohne gleichzeitiges Aufheben des Forschungs- und Entwicklungsverbotes schließt einen verantwortungsbewussten Umgang mit Atomenergie auf deutschem Boden aus.

Auch Georg Paul Hefty empfindet eine Woche später in *Lektion für die Führungsreserve* nicht die Katastrophe in Japan als Problem, sondern den Umgang mit Energie- und Klimapolitik in Deutschland vor Fukushima. Die Laufzeitverlängerung sei aufgrund innerparteilicher Konflikte der CDU beschlossen worden, das Moratorium und die Überprüfung der Atommeiler beurteilt er als Tribut an die Gesellschaft, die sich in neuer Vehemenz gegen Atomenergie wehrt. Für ihn bleiben festzuhalten der sich abzeichnende Glaubwürdigkeitsverlust der Kanzlerin und eine deutsche Energiepolitik, die sich von Entwicklungen an japanischen Kraftwerken abhängig macht.

Das Problem der deutschen Wankelmütigkeit bei politischen Entscheidungen sieht auch Berthold Kohler am 31.05.2011 in *Noch eine Häutung* als gravierendste Folge der japanischen Katastrophe. Zehn Wochen nach Erdbeben und Tsunami und unmittelbar nach der Präsentation der Ergebnisse der Ethik-Kommission kommentiert er den Atomausstieg, den er als logische Konsequenz aus den Ereignissen in Fukushima empfindet. Kohler kritisiert die innenpolitischen Entscheidungen als unüberlegt, deren Wirkungen sich in Kosten und gesellschaftlichem Umdenken bei allen Bürgern erst noch bemerkbar machen werden. Den gesellschaftlichen Wunsch nach mehr Sicherheit in der Energieversorgung respektiert er zwar als politische Chance, er weist aber zugleich auf das Risiko hin, dass sich die wahre Stabilität der neuen Situation erst noch zeigen müsse.

III.1.1.2 Inhaltliche Analyse der sonstigen Artikel

Insgesamt betrachtet lässt sich eine Dramatisierung der japanischen Ereignisse in den Artikeln des Ressorts Politik nicht erkennen. Zu Beginn der Berichterstattung ist die Rede von einem „GAU“⁷ bzw. „Super-GAU“⁸, was aber relativiert betrachtet werden muss, da derartige Begrifflichkeiten ausschließlich in Zitatform verwendet werden und sie deswegen nur über gering wertenden Charakter verfügen. Vielmehr ist man um eine wertneutrale Darstellung der Vorgänge an den AKWs in Fukushima bemüht. Versucht wird, die politischen Risiken und die Chancen eines Atomausstiegs möglichst gleichwertig zu diskutieren. Wie die Analyse der Leitartikel bereits gezeigt

⁷ *Eine schreckliche Chance II*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (61), 14.03.2011, S. 5.

⁸ Ebd.; zum populären, in der Kerntechnik aber nicht verwendeten Begriff vgl. http://www.bfs.de/de/kerntechnik/faq/faq_kerntechnik.html/#5.

hat, wird der politische Umgang mit der Thematik kritisch gesehen, der die Befürchtungen der Bevölkerung in Bezug auf Atomkraft schürt und eine vernünftige, dem Thema angemessene Diskussion bereits von vorneherein ausschließt. Der Dramatisierung durch Politiker wird eine erklärende, schildernde Dokumentation entgegengesetzt, die versucht zu informieren anstatt zu werten. Für eine eher konservative Tageszeitung ist die vehemente Kritik an der Bundeskanzlerin und der Regierungsbearbeitung der Koalition auffällig.⁹ Der Lösungsansatz und das „atemberaubende[m] Tempo“¹⁰ der „energiepolitischen Kehrtwende“¹¹, die als Zugeständnis das Wahlvolk interpretiert wird, finden wenig positiven Widerhall. Forderungen nach einem durchdachten und langsamen energiepolitischen Wandel werden vorsichtig und mit Skepsis formuliert, einseitige Schilderungen zu Chancen oder Risiken finden sich nicht.

III.1.2 Wirtschaft

Das Ressort Wirtschaft ergab für Fukushima + Atom 64 Artikel, aus denen 3 als Leitartikel klassifiziert werden. Im Monat März wurden zum Thema 24, im April 26 und im Mai 19 Publikationen vorgestellt. Interessanterweise taucht keiner der 3 Leitartikel im März auf, dafür aber 2 im April und 1 im Mai. Die zweite Recherchereihe Fukushima + Kern kann ein Ergebnis von 38 Gesamtartikeln inkl. 3 Leitartikel vorweisen. Die monatliche Anordnung ergibt hier: 11 Publikationen im März, 16 im April (2 Leitartikel) und 11 im Mai (1 Leitartikel). Die inhaltliche Analyse beschränkt sich auf 9 Artikel, davon 2 Leitartikel.

III.1.2.1 Inhaltliche Analyse der Leitartikel

Aus ökonomischer Sicht erscheint der durch die japanische Katastrophe in Gang gesetzte deutsche Atomausstieg als Rückschritt. Andreas Mihm schreibt in *Energiepolitik am Limit* am 15.4.2011 von schweren Schäden an japanischen AKWs, Mängeln am dortigen Katastrophenmanagement und Problemen in der hiesigen Energiepolitik. Er sieht in der geplanten deutschen Energiewende eine Ursache für einen enormen Anstieg der Strompreise, der zu Lasten der Verbraucher gehen wird und den er als Preis für die deutsche Atomangst sieht. Er kritisiert die romantisierende Vorstellung von sauberer, preisgünstiger und sicherer Energiepolitik als Utopie, die in dem Moment ihre Widerlegung findet, in dem der fehlende Atomstrom durch Kohlekraftwerke ersetzt werden soll.

An dieser Meinung hat sich auch einen Monat später in Mihms Artikel *Hals über Kopf* nichts geändert. Er bezieht sich auf den nun vorliegenden Bericht der Reaktorsicherheitskommission, die in seinen Augen den Atomausstieg der Bundesregierung als überstürzt, unbedacht und als unnötig belegt und die eindeutig keine Empfehlung für

⁹ Altenbockum, J. v.: *Spaemanns „Nein Danke“*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (88), 14.4.11, S. 10.

¹⁰ Köcher, R.: *Eine atemberaubende Wende*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (93), 20.04.2011, S. 5.

¹¹ Ebd..

eine Abkehr von der Kernenergie ausspricht. Das Schutzniveau der Meiler sei unabhängig von Bauart, Alter und Reaktorgeneration, vielmehr führten Nachbesserungen zu mehr Sicherheit. Mihm sieht sowohl die Reaktorsicherheitskommission wie auch die Ethik-Kommission als bloßes Mittel der Bundesregierung, den Ausstieg auf eine argumentativ breite Basis stellen zu können. Die geplanten Gesetzesänderungen in der Energiepolitik basieren seiner Meinung nach nicht auf einem durchdachten Konzept, sondern alleine auf Angst vor der Wählerschaft.

III.1.2.2 Inhaltliche Analyse der sonstigen Artikel

Im Großen und Ganzen findet eine eher wertneutrale Auseinandersetzung mit Fukushima und den Folgen für die deutsche Energiewirtschaft statt, allerdings mit Tendenzen zu einer skeptisch bis kritischen Haltung. Ende März erscheint in der FAZ ein Fragenkatalog zu grundsätzlichen Aspekten und Folgen einer Energiewende, der dem Leser ein Bild vermitteln soll, wie das deutsche Stromnetz bisher funktioniert und mit welchen Risiken der Verbraucher durch den Atomausstieg rechnen muss.¹² Negativ wird vor allem die schnelle Vorgehensweise gesehen, die langfristige und ungeahnte Folgen für Netzstabilität, Strompreise und den Energiemarkt im Gesamten unbeachtet lässt. Trotz des 'Energiekonsens' bleibt weiterhin offen, wie sich Energiesicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit auf lange Sicht vereinen lassen. Zusätzliche Umweltbelastungen durch einen erhöhten CO₂-Ausstoß werden ebenso hinterfragt wie das sonstige weltweite Wachstum des Atomtechnologie-Sektors.¹³ Der Opposition wird Interessenpolitik vorgeworfen, die Bundesregierung betreibe Politik, die sich dem Unmut und Willen der Wähler unterwerfe, ohne dass sich weder in dem einen noch im anderen Lager wirklich Gedanken zu den wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen der Energiewende gemacht würden.¹⁴ Gefordert werden ein langfristiges Energiekonzept, eine stabile Energiepolitik und ein verlässlicher, präziser Zeitrahmen für z.B. Infrastrukturinvestitionen.¹⁵

III.1.3 Feuilleton

Im Feuilleton wird das Thema Fukushima und seine Auswirkungen auf die deutsche Energiepolitik quantitativ am wenigsten ausführlich besprochen. Fukushima + Atom liefert für den gewählten Zeitraum lediglich 23 Gesamtartikel inkl. 4 Aufmacher. 9 Artikel erscheinen jeweils im März und April, im Mai thematisieren 5 Publikationen die Thematik. Aufmacher erscheinen 2 im März, jeweils nur 1 Artikel in den Monaten April und Mai. Die Recherche Fukushima + Kern ergibt ein ähnliches Ergebnis: 16 Gesamtartikel davon sind nur 2 als Aufmacher klassifiziert. Im März erscheinen insge-

¹² Vgl. *Nach Fukushima. Europa diskutiert über Atomkraft*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (70), 24.03.2011, S.12.

¹³ Vgl. Edenhofer, Ottmar: *Standpunkt*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (98), 28.04.2011, S. 12.

¹⁴ Vgl. Sturbeck, Werner: *Spannung*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (63), 16.03.2011, S. 11.

¹⁵ Vgl. Sturbeck, W.: *Neuanfang nach Fukushima*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (77), 1.4.11, S. 19.

samt 7 Artikel inkl. 1 Aufmacher; der April liefert als Ergebnis 6 Gesamterscheinungen, davon 1 Aufmacher; der Mai liefert sogar bei 3 Publikationen keinen Aufmacher. Inhaltlich werden 8 Artikel untersucht und beschränkt sich bei der Analyse auf ausschließlich 1 Aufmacher aus dem Monat März.

III.1.3.1 Inhaltliche Analyse des Aufmachers

Der ausgewählte Aufmacher *So wendet sich die Zeit* findet sich in der Ausgabe vom 17.3.2011. Der Verfasser ist Gerd Leipold, Physiker und Ozeanograph, der acht Jahre als Geschäftsführer für Greenpeace International tätig gewesen ist. Anhand seines Werdegangs lässt sich seine bildhafte Darstellungsweise, die sich wiederholende Gleichsetzung von Atomkraft und Tod und die häufige Verwendung von Atomkraftnegierenden Superlativen erklären. Er zeichnet ein durchgängig negatives Bild von der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Leipolds Publikation ist die einzige unter den hier untersuchten FAZ-Artikeln, die so plakativ Stellung zu diesem Thema nimmt und versucht, Ängste zu schüren. Er wendet sich in seiner Publikation vehement sowohl gegen Atomkraft im Allgemeinen wie auch gegen die bisherige Energiepolitik im Besonderen. Er sieht Fukushima als Symbol für das Ende des Atomzeitalters, da durch die Katastrophe in Japan der eindeutige Beweis erbracht worden ist, dass Atomenergie nach wie vor ein unkontrollierbares Risiko darstellt. Leipold argumentiert, dass Atomenergie zwar heute in allen Teilen der Welt friedlich genutzt werde, man aber nie wissen könne, in wessen Hände Atomkraft einmal gerate. In den Ereignissen von Fukushima sieht er „eine neue Qualität der Verwundbarkeit moderner Gesellschaften“, die durch menschliche Fehler tödliche Konsequenzen verursacht.

III.1.3.2 Inhaltliche Analyse der sonstigen Artikel

Besonders auffällig bei der Analyse der Feuilleton-Artikel ist der selbstkritische Umgang mit der medialen Auseinandersetzung um das Unglück in Fukushima. Besonders die Berichterstattung im Fernsehen wird ambivalent wahrgenommen. Unterschiede zwischen Quantität und Qualität werden immer seltener vorgenommen, so dass die grundsätzliche Frage aufgeworfen wird, wie Katastrophen dieses Umfangs medial überhaupt reflektiert werden sollten.¹⁶ Dass die Medien sich in ihrer Bearbeitung der Thematik viel zu schnell von den eigentlich Betroffenen, den Japanern, abwenden und sich dem politischen Disput um die deutsche Energiepolitik zuwenden, wird als schon beinahe emotionslos interpretiert. Diskutiert wird, über wie viel Macht Medien grundsätzlich verfügen und wie ein gewissenhafter Umgang mit dieser Verantwortung gewährleistet werden kann, um einer medialen Reizüberflutung ohne tatsächliche Vermittlung von Wissen vorzubeugen.¹⁷

¹⁶ Vgl. Kurianowicz, Tomasz: *Hauptsache, die Zuschauer bleiben dran*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (70), 24.03.2011, S. 35.

¹⁷ Vgl. Jauer, Marcus: *Dioxin!*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (84), 09.04.2011, S. 40.

Das Feuilleton setzt sich kritischer als die zuvor betrachteten Ressorts mit Atomkraft als Technologie auseinander. Constanze Kurz entwirft am 18.03.2011 in *Aus dem Maschinenraum* ein GAU-Szenario für Deutschland, mit dem das Land in ihren Augen aus sicherheitstechnischen Gründen vollkommen überfordert wäre. Fukushima stellt in ihren Augen den Beweis dar, dass die einst zukunftssträchtige Atomtechnik heute mit Katastrophentechnik gleichgesetzt werden kann, die vom Menschen nie beherrschbar gewesen ist und es niemals sein wird. Kernenergie sieht sie als Risiko, das die deutsche Gesellschaft nicht länger tragen sollte, nur damit der Energiesektor weiterhin hohe Gewinne erwirtschaften kann.¹⁸

III.2 Süddeutsche Zeitung

Im Online-Archiv der Süddeutschen Zeitung sind für die Medienanalyse Fukushima ebenfalls vorab Suchkriterien festgelegt worden, um inhaltlich exakter arbeiten und die Anzahl der Artikel somit einschränken zu können: Der untersuchte Zeitraum umfasst den 14.03.-31.05.2011 und bezieht sich

- ausschließlich auf Artikel, die im Printmedium SZ veröffentlicht worden sind;
- analysiert werden Artikel mit konkretem Deutschland-Bezug in den Ressorts Politik, Wirtschaft und Kultur, Kunst und Unterhaltung;
- recherchiert wurde anhand der Begrifflichkeiten Fukushima Atom bzw. Fukushima Kern mit einem Suchergebnis von insgesamt 148 bzw. 110 Artikeln.

III.2.1 Politik

Die Recherchearbeit ergab für die Suche nach Fukushima + Atom ein Resultat von insgesamt 68 Artikeln, von denen 15 von der SZ als Leitartikel geführt werden. Von der Gesamtartikelzahl wurden 42 im März, 19 im April und 7 im Mai veröffentlicht. Die Leitartikel lassen sich wie folgt aufstellen: 9 erschienen im März, 3 jeweils in April und Mai. Im zweiten Suchlauf zum Thema Fukushima + Kern kann ein Ergebnis von 52 Veröffentlichungen festgehalten werden, wovon 34 in den Monat März, 12 in den April und 6 in den Mai fallen. Als Leitartikel werden 10 Publikationen geführt, davon 7 im März, 1 im April und 2 für den Mai. Für die inhaltliche Analyse wurden insgesamt 10 Artikel ausgewählt, von denen 3 Stück zur Gruppierung der meinungsdarstellenden Leitartikel zählen.

III.2.1.1 Inhaltliche Analyse der Leitartikel

Die drei ausgewählten Artikel unterstützen ein negatives Bild der Atomkraft und beschreiben sowohl die Diskussion als auch den Beschluss zum Atomausstieg als logische Konsequenz aus den Ereignissen in Fukushima.

¹⁸ Vgl. Kurz, C.: *Aus dem Maschinenraum*, Frankfurter Allgemeine Zeitung (65), 18.3.11, S. 36.

Der *Gau im Wohnzimmer* von Michael Bauchmüller klagt am 15.3.2011 die Nicht-Beherrschbarkeit der Atomkraft an und setzt die Unfälle an den japanischen Reaktoren mit der „Verletzlichkeit der westlichen Welt“ am 11. September 2001 gleich. Er sieht das zu diesem Zeitpunkt beschlossene Moratorium als ersten Schritt hin zu einer ehrlichen Debatte über die Energieversorgung und spricht von der Hoffnung, dass nach dem Moratorium eine vollkommen neue Lage in der deutschen Energiepolitik entstehen könnte. Der derzeitige Aktionismus sei Ausgleich zum vorherigen jahrelangen Stillstand in dieser Frage, an dessen Ende das längst überfällige Abschalten der sieben AKWs stehen müsse. Sicherheit im Energiesektor könne zum wichtigeren Argument als Rentabilität werden. Fukushima verschiebt für Deutschland alle Maßstäbe: absoluten Schutz vor atomaren Katastrophen wird es in Bauchmüllers Augen nur durch völligen Verzicht auf Atomkraft geben.

Auch Kurt Kister steht in *Atomarer Glaubenskrieg* vom 19.3.2011 der Kernkraft kritisch gegenüber. In seinen Augen wird die energiepolitische Debatte durch Fukushima nur neu belebt, nicht jedoch zu einem neuen Phänomen innerhalb der deutschen Gesellschaft. Vielmehr betrachtet er die Atomdebatte als eine der drei großen Grundfragen deutscher Politik- und Kulturgeschichte der letzten dreißig Jahre, die kontinuierlich die meisten Menschen auf die Straße zieht und zu Meinungsbekundungen animiert. Den Nuklear-Dissens empfindet Kister nicht mehr nur als politische Streitfrage sondern als „dreißigjährigen Glaubenskrieg“, dessen Auseinandersetzungen nichts mit Hysterie zu tun haben sondern vielmehr einer realistischen Problemwahrnehmung entsprechen.

Nach Beschluss des Atomausstiegs nimmt Patrick Illinger in *Die notwendige Wende* am 31.5.2011 Stellung zur Energiewende, die er als große Chance sieht und von der er sich nicht nur eine Abkehr von allen deutschen Atommeilern, sondern ein Ende aller Energien erhofft, die Rohstoffe verbrauchen. Die bisherige Energiepolitik betitelt er als Risikoverdrängung, die Argumentation, Kernkraft sei durchaus klimafreundlich, bewertet er als „Heuchelei“. Illinger begreift den Atomausstieg ausschließlich als Chance Deutschlands Energieversorgung effizienter zu gestalten und die erneuerbaren Energien stetig auszubauen, um so auf diesem Gebiet zum Marktführer aufzusteigen. Er argumentiert mit einem „Bauchgefühl [, das] den richtigen Weg weisen“ kann und appelliert an die „deutsche [...] Ingenieurskunst, [...] [die] Verrücktes erdachte, und manches davon tatsächlich realisierte“.

III.2.1.2 Auswertung der sonstigen Artikel

Der Grundtenor der Artikel des Politik Ressorts in der Süddeutschen Zeitung im untersuchten Zeitraum ist deutlich Atom-kritisch gefärbt. Vor allem zu Anfang der Berichterstattung wird die gesellschaftliche Rezeption der Ereignisse stark mit einbezo-

gen, was insgesamt eine einem Atomausstieg positiv gegenüberstehende Stimmung schafft.¹⁹

Auffallend ist, dass beinahe in allen Artikeln die Gefahr eines terroristischen Angriffs mit Flugzeugen auf die deutschen Atommeiler beschrieben und analysiert wird. Einem solchen Übergriff würde keines der Kraftwerke standhalten, das Restrisiko ist groß und beständig, was zu einer Neubewertung der Gesamtsituation führen muss. In *Eingebaute Mängel* vom 16.3.11 findet eine Analyse der Zustände in deutschen AKWs statt, die das vernichtende und unheilvolle Urteil abgibt, dass die Reaktoren aufgrund ihres Alters und ihrer technischen Rückständigkeit ein unkontrollierbares Sicherheitsrisiko darstellen – wohlgermerkt bevor die Reaktorsicherheitskommission ihre Untersuchungen abgeschlossen und der Regierung ihren Expertenbericht vorgelegt hat.²⁰

Die Energiewende wird insgesamt positiv bewertet. Der Weg hin zu erneuerbaren Energien wird als der richtige Weg wahrgenommen, der Atomtechnologie wird – zumindest in Deutschland – keine Zukunft mehr gegeben. Mit ihrer grundsätzlich eher links-liberalen Ausrichtung setzt sich die Süddeutsche Zeitung kritisch mit der CDU und ihrer Politik vor Fukushima auseinander, begrüßt den energiepolitischen Wandel zwar, sieht in diesem dramatisch schnellen Umschwung aber auch als „Vorbote [...] für eine neue Zeitrechnung“²¹, in der der Konservatismus als politische Idee kaum noch Zukunft hat.²²

III.2.2 Wirtschaft

Das Ressort Wirtschaft ergab für Fukushima + Atom 43 Artikel, aus denen 6 als Titelgeschichte klassifiziert werden. Im Monat März wurden zum Thema 14, im April 20 und im Mai 9 Publikationen vorgestellt. 2 der Titelgeschichten²³ tauchen im März auf, 4 im April und im Mai wird das Thema nicht mehr als Titelgeschichte behandelt. Die zweite Recherchereihe Fukushima + Kern kann ein Ergebnis von 33 Gesamtartikeln inkl. 5 Titelgeschichten vorweisen. Die monatliche Anordnung ergibt hier: 10 Publikationen im März (2 Titelgeschichten), 16 im April (3 Titelgeschichten) und 7 im Mai. Die inhaltliche Analyse beschränkt sich auf 11 Artikel, wovon 6 aus den Titelgeschichten ausgewählt worden sind.

¹⁹ Vgl. Deininger, Robert, Gertz, Holger: *German Angst*, Süddeutsche Zeitung (60), 14.03.2011, S.3.

²⁰ Vgl. Kotynek: *Eingebaute Mängel. Die Technik der Alt-Meiler ist überholt und fehleranfällig*, Süddeutsche Zeitung (62), 16.03.2011, S.7.

²¹ Braun, Stefan: *Ein Schwenk, der schwindlig macht*, Süddeutsche Zeitung (93), 21.04.2011, S.7.

²² Vgl. ebd..

²³ Die abweichenden Bezeichnungen sind den unterschiedlichen Bezeichnungen in den einzelnen Archiven geschuldet und setzt sich auch im Ressort Kunst, Kultur und Unterhaltung fort.

III.2.2.1 Inhaltliche Analyse der Kommentare

Die Debatte um Fukushima und den Atomausstieg wird im Wirtschaftsteil ambivalent geführt. Dennoch überwiegt auch hier die atomkritische Haltung, obwohl zumindest teilweise eine Abwägung von Chancen und Risiken stattfindet.

Reimund Schwarze und Gert Wagner entwerfen in *Wir brauchen eine echte Atomhaftung* vom 28.3.2011 ein Szenario, das den deutschen Atomausstieg zwar begrüßt, aber ebenso deutlich zu verstehen gibt, dass ein atomares Risiko so lange bestehen wird, wie keine europaweite Regelung getroffen worden ist. Sie fordern eine Atomversicherung für ganz Europa, die nicht „eine Ad-hoc-Maßnahme nach der anderen, unterbrochen von Ad-hoc-Katastrophenhilfe“ als Lösung der Problematik sieht, sondern dauerhaft Schutz bei Fukushima-ähnlichen Unfällen bieten soll.

Auch Karl-Heinz Büschemann ist Befürworter eines Atomausstiegs und empfindet die breite Auseinandersetzung mit dem Thema als Bereicherung, da in seinen Augen eine Energiewende nur durch einen gesellschaftlichen Energiekonsens zu erreichen ist. *Das große Palaver* beschreibt am 15.4.2011 die Diskussion zwischen Politikern und Unternehmern, die durch den Unfall in Fukushima eine neue Wendung genommen hat, da die „angeblichen Vorteile der Atomenergie über den Haufen“ geworfen worden seien. Durch die von beiden Seiten aus unehrlich geführte Debatte werde die politisch vielleicht anspruchsvollste Aufgabe seit der Wiedervereinigung stetig weiter verzögert.

Die mangelnde Verständigung zwischen Regierungs- und Wirtschaftsvertretern bemängelt Büschemann am 31.5.2011 in Raumschiff Berlin ebenfalls. Der Ausstieg sei nun zwar beschlossene Sache, womit die Regierung der Stimmung eines Großteils der Bevölkerung folge, habe die Zweifler aus der Industrie aber nicht überzeugen können, was bei Kritikern, wie der Bundesnetzagentur, durchaus ins Gewicht falle. Er plädiert für ein Ende des „große[n] Schweigen[s] des Misstrauens“ zwischen Regierung und Industrie, da nicht mehr nur das energiepolitische Konzept einer Partei zur Debatte stehe, sondern die Zukunft der gesamten deutschen Energiepolitik.

III.2.2.2 Auswertung der sonstigen Artikel

Fukushima wird als weltweiter Rückschlag für die gesamte Atomindustrie empfunden, gleichzeitig aber auch als deutschlandweite Chance gesehen, um den Weg zu einer 100%igen Energieversorgung durch erneuerbare Energien zu gehen.²⁴ Der Atomenergie wird keine Zukunft mehr zugesprochen, die bereits angebrochene „Ökorevolution“ habe durch Fukushima einen neuen An Schub bekommen und die in Deutschland ohnehin große Bereitschaft weiter verstärkt, energiebewusst zu leben. Umwelt- und Energiepolitik sei von deutlich größerem Erfolg geprägt, wenn man die

²⁴ *Das große Nachdenken*, Süddeutsche Zeitung (64), 18.03.2011, S.22.

Bevölkerung in Projekte und Gesetzesvorhaben mit einbeziehe, so dass der wahrscheinliche Anstieg der Stromkosten für die Verbraucher mit mehr Gelassenheit getragen werde.²⁵

Kritischen Stimmen gibt man in Form von Artikeln von Johannes Lambertz (Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG) und Johannes Teysen (Eon-Vorstandsvorsitzender) ein Forum. Sie weisen darauf hin, dass auch die erneuerbaren Energien Nachteile aufweisen und man einen Atomausstieg nicht aus Emotionalität heraus überhastet vollziehen dürfe. Auch hier wird die Forderung nach einem gesamtgesellschaftlichen Konsens laut, bei dem Strom bezahlbar bleibt und die Klimaschutzziele nicht aus den Augen verloren werden.²⁶

III.2.3 Kunst, Kultur und Unterhaltung

Im Ressort Kunst, Kultur und Unterhaltung wird das Thema Fukushima und seine Auswirkungen auf die deutsche Energiepolitik quantitativ weniger ausführlich besprochen. Fukushima + Atom liefert für den gewählten Zeitraum lediglich 15 Gesamtartikel inkl. 7 Essays. 4 Artikel erscheinen im März, im April 7, im Mai thematisieren 4 Publikationen die Thematik. Essays erscheinen 4 im März, nur 1 im April und 2 im Mai. Die Recherche Fukushima + Kern ergibt ein ähnliches Ergebnis: 12 Gesamtartikel davon sind nur 5 als Essay klassifiziert. Im März erscheinen insgesamt 3 Artikel inkl. 2 Essays; der April liefert als Ergebnis 6 Gesamterscheinungen, davon 1 Essay; der Mai liefert bei 3 Publikationen 2 Essays. Inhaltlich werden 4 Artikel untersucht, die Analyse beschränkt sich auf zwei Essays aus April und Mai.

III.2.3.1 Inhaltliche Analyse zweier Essays

Die grundsätzlich kritische Einstellung zur Atomkraft wird in beiden Essays mit einer Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Verantwortung verknüpft.

Christian Nürnberger veröffentlicht am 26.3.2011 *Wer, wenn nicht wir* und verurteilt die Einstellung, sich zwar zu positionieren, dieser Positionierung aber nur so lange treu zu bleiben, wie sie keine Konsequenzen fordert. Im Falle von Fukushima und der damit verbundenen Atompolitik komme die gesamte Diskussion zu spät – der ernstgemeinte moralische Diskurs sei zugunsten wirtschaftlicher Interessen viel zu lange kleingehalten worden. Nürnberger beklagt weiter das globale mangelnde Einsichtsvermögen und die nicht vorhandene Lernbereitschaft aus Fukushima. Mit dem Argument mangelnder wirtschaftlicher Alternativen bleibe ein weltweiter Atomausstieg reine Utopie und wirtschaftsstarke Mächte „bauen ihre Vernichtungsmeiler fröhlich weiter“. Gleichzeitig wirft er der deutschen Bevölkerung vor, ihrer Anti-Haltung nur in einer Richtung zu folgen: sobald eine Entscheidung ernsthafte Konsequenzen

²⁵ Vgl. Borhardt, Alexandra: *Vom Winde betört*, Süddeutsche Zeitung (82), 08.04.2011, S.20.

²⁶ Vgl. Lambertz, J.: *Bei der Energiewende steht viel auf dem Spiel*, Süddeutsche Zeitung (107), 10.5.2011, S. 18.

verlange, im Sinne einer Verringerung des eigenen Lebensstandards, werde aus Zustimmung viel zu schnell Empörung. Durch dieses Verhalten werde ebenfalls mediale Berichterstattung mitbestimmt, die mittlerweile viel zu oft die Informationen so aufbereitet bringe, wie es die Konsumenten verlangten. Folge sei Desinformation und Orientierungslosigkeit.

Pascale Hugues richtet als Französin ihren Blick von außen auf die deutsche Auseinandersetzung rund um den Atomausstieg, die in dieser Intensität den Franzosen vollkommen fremd erscheint. In *Die Strahlung, die am Rhein Halt machte* vom 05.4.2011 beschreibt sie die kollektiv-prägende Angst vor dem Atom²⁷ und die deutsche „Kultur der Katastrophe“ als tief verwurzelte gesellschaftliche Phänomene, die in manchen Generationen zur entscheidenden „Phase des Identitätsfindungsprozesses“ gehörten. Für Hugues scheint das Moratorium deswegen eine logische Konsequenz der deutschen Politik gewesen zu sein, die einen Konsens „alle[r] politische[r] Ausrichtungen und Altersklassen“, also der politischen Mitte, darstelle. In Frankreich sei diese Einstellung lange belächelt worden, nun aber erhalte das Thema Atompolitik durch Fukushima auch in der französischen Gesellschaft eine ernstere Note, an deren Ende vielleicht auch ein Wandel in der französischen Energiepolitik stehen könnte.

III.2.3.2 Auswertung der sonstigen Artikel

Die atomare Katastrophe von Fukushima wird als weltgeschichtliche Zäsur dargestellt, die neben dem 11.9.2001 und der großen Wirtschafts- und Finanzkrise den westlichen Stabilitätsgedanken innerhalb von zehn Jahren vor eine weitere große Herausforderung stellt. Der Reaktorunfall sei die „exemplarische Warnkatastrophe“²⁸, die vielleicht den entscheidenden Anstoß für einen wirklichen Energiewandel geben könne. Die derzeitige Atomdebatte diene der Aufarbeitung dieses Unglücks, die aber nur Ergebnisse bringe, wenn sie auch am Individuum und bei verschiedenen Institutionen umgesetzt werde. Die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts seien Klimawandel, Energiepolitik und Urbanisierung – jedem dieser Einzelprobleme sei nur durch Nachhaltigkeit beizukommen und dürfe nicht weiter von Politikverdrossenheit und Zynismus bestimmt sein.²⁹

Die große Ungeduld vom 31.5.2011 kritisiert zum Ende des Untersuchungszeitraumes sehr deutlich Kanzlerin Merkel und ihr politisches Agieren. Ihr wird unterstellt, den Energiewandel nur aus Eigeninteresse und zur Machterhaltung voranzutreiben. Merkel handle zwar schnell und konsequent, leider aber auch nicht ganz verfassungskonform. Der Notstandsparagraph, der das Moratorium erst ermöglichte, sei

²⁷ Zur Historie der weltweiten Atomangst und der Rolle von Bildern (images) vgl. [Weart, 1989].

²⁸ Kreye, Andrian: *Ökologie ist Notwehr*, Süddeutsche Zeitung (83), 09.04.2011, S. 13.

²⁹ Vgl. ebd..

eigentlich nur bei einer akuten Gefahrensituation anzuwenden – wo nach Fukushima für Deutschland eine neue Bedrohungslage entstanden sein soll, sei nicht erkennbar und auch durch den Bericht der Reaktorkommission nicht belegt. Zwar sei die Mehrheit der deutschen Bevölkerung für einen schnellen Atomausstieg, dies ändere aber nichts an der juristischen Ausgangslage. Vielmehr seien Merkel, ihre Koalition und die bisherige Energiepolitik bedroht, weswegen nun in diesem Tempo vorgegangen werde. In dieser ersten deutlichen Kritik in der Süddeutschen Zeitung an einem vor-schnellen Atomausstieg, fordert der Autor eine Rückkehr zu Demokratie als Prozess, in der Entscheidungen solch politischer Tragweite nicht in einem Hauruck-Verfahren ohne politische Mehrheit gefällt werden.³⁰

IV Großbritannien

Die britische Berichterstattung zum Reaktorunfall in Fukushima beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen für Asien allgemein und besonders Japan. Auch der Umgang mit dem Unglück in anderen Staaten, vornehmlich in den USA und Russland, und vor allem die deutschen energiepolitischen Entscheidungen werden diskutiert und skeptisch begutachtet. Festzuhalten ist, dass ein Atomausstieg für Großbritannien weder in den Medien noch in der Politik ein wirklich diskutiertes Thema war. Vielmehr wird Zurückhaltung geübt, um den Markt und die Bevölkerung nicht unnötig in Unruhe zu versetzen. Großbritannien hat gesetzliche Vorgaben, seine CO₂-Emissionen zu senken, was neben einer Erweiterung des Sektors der erneuerbaren Energien über den Ausbau der eigenen Atomwirtschaft [BERR, 2008] gewährleistet werden soll. Atomkraft trägt 18% zur Stromerzeugung Großbritanniens bei, und auch die konservativ/liberale Regierung Cameron verfolgt, trotz der Vorbehalte gegen Kernkraft in Teilen der Bevölkerung [Corner et al., 2011], ambitionierte Pläne für den Bau von bis zu zwölf neuen Meilern, um zu einer unabhängigen, klimaschonenden Energieversorgung zu gelangen, die aus Sicht der Regierung auf Kernenergie angewiesen ist [DECC, 2011].

IV.1 The Daily Telegraph

Der Untersuchungszeitraum wurde vom 14.3.2011 bis zum 31.5.2011 gewählt. Gesucht wurde im Archiv des Daily Telegraph unter fukushima AND nuclear, was zu einem Rechercheergebnis von insgesamt 185 Artikeln geführt hat. Der Suchbegriff wurde bewusst allgemein gehalten, um nicht von vorne herein ein zu enges Suchergebnis festzulegen. Die weitere Separation erfolgte durch Ansicht der Artikelauswahl im Archiv, so dass festgehalten werden kann, dass nur 44 Artikel einen konkreten energiepolitischen Bezug aufweisen: 29 davon erschienen im März, 11 im April und 4

³⁰ Vgl. Fücht Johann, Jan: *Die große Ungeduld*, Süddeutsche Zeitung (125), 31.05.2011, S. 13.

im Mai. Für die ausführliche inhaltliche Analyse sind 6 Publikationen ausgewählt worden: 2 aus März, 2 aus April und 2 aus Mai.

Inhaltliche Analyse

Der Reaktorunfall in Fukushima wird als ein schlimmes Unglück am anderen Ende der Welt wahrgenommen, das Konsequenzen auf die Weltwirtschaft, und damit auch Auswirkungen auf den britischen Markt, haben wird. Allerdings habe man es eben auch mit einer Katastrophe zu tun, die so in Großbritannien nicht hätte geschehen können. Die Insel liege weder in einem erdbeben- noch in einem tsunamigefährdeten Gebiet, und außerdem verfügten die britischen Atomkraftwerke über eine andere, moderne und damit sicherere Bauart.³¹ Nichtsdestotrotz sind die Vorgänge in Fukushima aber ein Vorfall, den man nicht ignorieren kann, der reflektiert werden muss und denen ein Prozess von Verbesserungen der atomaren Sicherheit folgen muss. Neue Sicherheitsbestimmungen sollten sich aber an britischen Eventualitäten orientieren, wie z.B. Terrorangriffe durch Flugzeuge; japanische Maßstäbe für die Atommeiler würden die Atomenergie in Großbritannien unnötig verteuern und seien nicht notwendig.³² Investitionen in Atomkraft, gerade auch in die Sicherheit, bleibe der vornehmliche Weg, um eine umfassende Energieversorgung dauerhaft zu gewährleisten. Zwar soll auch der Sektor der erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Hier sei aber die Frage der Speicherung noch nicht hinreichend geklärt, um sich ausschließlich an sie zu binden - vielmehr setzt man auf einen Energiemix, aus dem Kohle über kurz oder lang ausscheidet. Ein kompletter Ausstieg aus der Atomkraft kommt nicht in Frage.³³

Der deutsche Weg des Atomausstiegs wird als Wahltaktik gedeutet und sei sowohl dem gewachsenen Einfluss der Grünen wie auch den anhaltenden Massenprotesten geschuldet. Skeptisch ist man in Bezug auf die deutsche Wirtschaftsleistung, die durch eventuell entstehende Energieknappheit und steigende Energiekosten sinken könnte. Beinahe sicher ist man sich, dass Deutschland den Weg nicht ohne Atomimporte aus dem umliegenden Ausland wird gehen können, was eine Einschränkung in der unabhängigen Stromversorgung bedeutet, die auf der britischen Insel als Ziel verfolgt wird.³⁴

Gesellschaftlich genieße die Atomenergie in Großbritannien, vor allem bei jungen Leuten, Akzeptanz. Es gebe große Risiken und diese Art der Energiegewinnung sei nicht die perfekte Lösung, aber gerade im Hinblick auf eine kohlefreie Energieversorgung sind sich die Briten der Wichtigkeit des atomaren Netzes bewusst. Zur Zeit

³¹ Vgl. *Nuclear power is the low-carbon future*, The Daily Telegraph, 30.03.2011, S. 21.

³² Vgl. Reece, D.: *Nuclear still the way, despite Fukushima*, The Daily Telegraph, 06.04.2011, S. 2.

³³ Vgl. *Nuclear power is the low-carbon future*, The Daily Telegraph, 30.03.2011, S. 21.

³⁴ Vgl. Day, M.: *Germany to shut its nuclear power plants within 10 years*, The Daily Telegraph, 31.5.2011, S. 12.

45.000 Beschäftigte im nuklearen Bereich, weitere 30.000 geplante Arbeitsplätze, sowie Pläne für 12 neue Reaktoren, die 16 Gigawatt der gesamten Elektrizitätsleistung übernehmen sollen, sind für die Politiker ausschlaggebende Gründe an der Atomkraft festzuhalten und vor einer Panikmache an Märkten und durch die Medien zu warnen.³⁵

IV.2 The Independent

Im Untersuchungszeitraum vom 14.3.2011-31.5.2011 ergab die zum Thema Fukushima AND nuclear ein Ergebnis von 107 Artikeln, von denen 54 einen direkten Bezug zu den Auswirkungen auf britische bzw. europäische Energiepolitik vorweisen. Von diesen 54 für die Analyse relevanten Artikeln erschienen 27 im März, 16 im April und 11 im Mai. Zur ausführlichen inhaltlichen Analyse wurden von diesen 54 Beiträgen 5 ausgewählt, 2 aus März und April, 1 aus Mai.

Inhaltliche Analyse

Im Independent ist die Berichterstattung etwas atomkritischer, Forderungen nach einem Energiewandel bzw. Atomausstieg finden sich aber auch hier nicht. Es gibt Mängel und Sicherheitslücken in britischen Atommeilern, derer man sich bereits vor dem japanischen Unfall bewusst war, wogegen aber kaum etwas unternommen worden ist. Die neu angeordneten Inspektionen der Anlagen ergaben Verletzungen im Gesundheits- und Sicherheitskonzept verschiedener Meiler, es wurden Mängel in der Mitarbeiterschulung, bei medizinischen Check-Ups und den Strahlungsberichten festgestellt.³⁶ Gerade der bisherige Umgang mit solch brisanten Informationen aus dem Umfeld Kernenergie sei nicht von ausreichend Transparenz und Offenheit der Politiker und Manager der Atom-Konzerne gekennzeichnet gewesen. Dies beeinflusse das öffentliche Meinungsbild zur Atomenergie und verstärke Vorbehalte. Weil Atomtechnologie eng verbunden ist mit der Angst vor unsichtbarer Strahlung und ihrer Zerstörungskraft, seien Aufklärung und Ehrlichkeit der einzige Weg, um Verängstigung und übertriebener Alarmbereitschaft vorzubeugen und die Atomkraft langfristig als eine der wichtigsten Energiequellen zu etablieren.³⁷

Fukushima wird als Beweis für die Auswirkungen von Großereignissen auf den britischen- und den EU-Markt gesehen. Noch längst seien nicht alle Folgen und Kosten des Unfalls abzusehen, der Einfluss auf das europäische politische und wirtschaftliche Tagesgeschäft aber bereits spürbar. Kanzlerin Merkels Entscheidung, den Atomausstieg voranzutreiben, sieht man auch beim Independent als Mittel zum Zweck: erhöhte Chancen auf eine Wiederwahl. Problematisch an Merkels Energiewende sei die Gewährleistung einer preiswerten, lückenlosen Energieversorgung

³⁵ Vgl. Jourdan, Thea: *Which way now for nuclear?*, The Daily Telegraph, 27.04.2011, S. 6.

³⁶ Vgl. Knights, Richard: *Nuclear Lessons*, The Independent, 09.04.2011, S. 38.

³⁷ Vgl. Bywater, Michael: *Awe and incomprehension blind us to the beauty of nuclear energy*, The Independent, 19.03.2011, S. 41.

auch ohne Atomstrom. Zwar sei Deutschland bei der Entwicklung erneuerbarer Energien schon recht weit, werde aber ohne Kohle und Atom seinen Strombedarf kaum decken können.³⁸

Grundsätzlich unterscheide sich die eigene Energiesituation von der deutschen oder der japanischen Situation, weswegen man mit Entscheidungen im eigenen Land in diesem Bereich anders umgehen müsse. Eine differenzierte Diskussion und das Abwägen von Pro und Contra seien entscheidend für einen Konsens, nicht das energiepolitische Verhalten anderer EU-Staaten – das Thema Energie sei so wichtig, dass man sich Zeit nehmen solle, um überhastete Entscheidungen auf diesem Gebiet zu vermeiden.³⁹

V Frankreich

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die französische Berichterstattung über die Reaktorkatastrophe in Fukushima eine stark internationale Gewichtung erfahren hat. Die Auswirkungen des Unglücks auf die weltweiten Märkte, die Reaktionen der USA und Deutschland, aber auch der japanische Umgang mit der Katastrophe werden thematisch schwerpunktmäßig behandelt. Überhaupt findet eine Fokussierung auf die wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem Reaktorunfall statt, was durch die führende Marktrolle der Franzosen im Atomsektor leicht zu erklären ist.

Der Diskurs über die Atompolitik wird sachlich geführt und lässt in einer abschließenden Bilanz die Entwicklung hin zu einem Energie-Mix als wahrscheinlichste Lösung erscheinen. Eine vollkommene Abkehr von der Atompolitik in absehbarer Zeit ist bei einem Anteil von 78% der Kernenergie an der Stromerzeugung nicht schnell realisierbar, wird aber in Gesellschaft und Politik auch nicht mehrheitlich gefordert [Viëtor, 2011, S. 63ff].⁴⁰

V.1 Le Monde

Untersucht wurden Artikel aus dem Zeitraum 14.03.-31.05.2011, die im Zeitungsarchiv von Le Monde unter dem Schlagwort fukushima énergie nucléaire gesucht wurden. Es fanden sich 162 Artikel, von denen 74 im März, 55 im April und 33 im Mai erschienen. Für die inhaltliche Analyse wurden 15 Artikel mit konkretem Bezug auf die Auswirkungen Fukushimas auf die französische Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausgewählt (7 Artikel des Monats März, 4 aus April und 4 aus Mai).

³⁸ Vgl. *German politics must not sway Britain's energy decisions*, The Independent, 31.05.2011, S.2.

³⁹ Vgl. ebd..

⁴⁰ Die Auswertung für Frankreich beschränkt sich auf Le Monde. Eine Analyse der Artikel in der zweiten großen überparteilichen Tageszeitung, Le Figaro, war wegen der Unzulänglichkeiten des Online-Archivs und des unkooperativen Verhaltens der Zeitungsmitarbeiter nicht möglich.

Inhaltliche Analyse

Die aus dem Reaktorunfall in Fukushima resultierende Atomdebatte in Frankreich konzentriert sich auf einen Hauptaspekt: die Sicherheit der Atomkraftwerke. Sie ist der beständige Bezugspunkt in beinahe allen Artikeln und die Lektion, die aus der japanischen Katastrophe zu lernen ist: Das Udenkbare muss gedacht werden, und daran ausrichtend muss nach neuen, besseren und vollständigeren Sicherheitskonzepten geforscht werden.⁴¹

Stromerzeugung aus Atomkraft birgt Risiken, die in Frankreich bekannt sind, durch Fukushima aber eine neue Gewichtung erhalten haben. Man verfüge zwar schon über die sichersten Atomkraftwerke der Welt. Trotzdem werden Sicherheitsüberprüfungen und mehr Transparenz in Bezug auf Atompolitik, aber auch auf die Firmenpolitik von Areva (franz. Industriekonzern, ein Weltmarktführer in der Nukleartechnik) und EDF (Électricité de France, franz. Energieunternehmen und Marktführer) gefordert.⁴² Die japanische Katastrophe bedeutet einen großen Einschnitt in der Atomgeschichte, der dem Ansehen der Nukleartechnologie schaden und der französischen Atomindustrie starke Einbußen beschere werden, was Areva aber nicht an einer positiven Zielausrichtung für die nächsten Jahre hindert. Der weltweite Energieverbrauch werde bis 2050 doppelt so hoch sein, wie heute – ohne Atomkraft sei das nicht zu schaffen, weswegen man den Nuklearbereich weiter ausbauen will. Auch die französische Politik beurteilt die Energielage ähnlich und will, unter der Bedingung, dass alle Sicherheitsbestimmungen erfüllt sind und stetig weiter ausgebaut werden, an der Atomkraft festhalten.⁴³ Hauptziel bleibt eine lückenlose und ständige Versorgung, die langfristig nur durch ein Energie-Mix-Paket mit hohem Anteil von Kernkraft realisierbar bleibe – immerhin stützt sich die Stromerzeugung in Frankreich zu 78% auf Atomkraft.⁴⁴

Gleichzeitig werden die Energieforschung und die Bemühungen um eine saubere Energieversorgung, die bezahlbar bleibt, thematisiert. Es müsse verstärkt Aufklärung im Bereich der erneuerbaren Energien betrieben werden, um diese von den weit verbreiteten Vorurteilen - hohe Kosten und Versorgungsunregelmäßigkeiten - zu lösen. Experten erachten einen vollständigen Atomausstieg für Frankreich aber trotzdem nur für schwer realisierbar, da die Skepsis aufgrund der mit einem Ausstieg verbundenen hohen Kosten, eines Anstiegs der Strompreise und dem evtl. Verlust der unabhängigen Stromversorgung überwiege.⁴⁵

⁴¹ Vgl. Proglia, Henri: *Sûreté des installations, notre obsession*, Le Monde, 19.03.2011.

⁴² Vgl. Bezat, Jean-Michel: *La catastrophe de Fukushima hypothèque lourdement le renouveau de la filière Française de l'atome civil*, Le Monde, 16.03.2011.

⁴³ Vgl. ebd..

⁴⁴ Vgl. Percebois, J.: *Une énergie indispensable qui pourrait être plus fiable*, Le Monde, 19.3.2011.

⁴⁵ Vgl. ebd..

Der deutsche Atomausstieg wird kritisch und als mögliche Belastung der deutsch-französischen Beziehungen gesehen. Kanzlerin Merkel, die zuvor nie Zweifel an der Kernenergie verlautbaren ließ, sei nun, wie die deutsche Bevölkerung auch, von einem schnellen Ende der Atomkraft überzeugt. Die politische Kehrtwende der Kanzlerin wird in *Le Monde* mit einer Positionierung für zukünftige Wahlen und Koalitions-Konstellationen gesehen, die durch den neuen Zuspruch für die Grünen nötig geworden sei. Im deutsch-französischen Vergleich müsse festgehalten werden, dass in Deutschland kritische Stimmen, die einen Atomausstieg für unmöglich halten, nicht existierten.⁴⁶

Im gesellschaftlichen Diskurs wird ein Umdenken beim Individuum gefordert. Energiekonsum dürfe nicht länger als selbstverständlich hingenommen werden, sondern jeder Einzelne solle seinen Umgang mit Energie in Bezug auf die Art zu leben reflektieren.⁴⁷ Tatsächlich wird eine öffentliche und offene Debatte gefordert, an deren Ende die Frage stehen soll, ob die französische Gesellschaft im Kollektiv wirklich bereit ist, mit dem atomaren Risiko auf Dauer zu leben. Die Auseinandersetzung mit Atompolitik finde zwar auf Expertenebene statt, die Meinung der Bevölkerung bliebe aber außen vor, obwohl es in der Verantwortung der Öffentlichkeit liege, Alternativen zur Atomkraft zu suchen. Besonders ein Diskurs über menschliche Fehler im Umgang mit Technologien und die Unkontrollierbarkeit der Atomkraft, wie ihn Deutschland führt, sei wichtig, in Frankreich aber undenkbar.⁴⁸

VI Spanien

Mit mehr oder weniger großer Verwunderung ist in Spanien, wo acht Reaktoren mit 18% zur Stromversorgung beitragen, die aus dem Reaktorunfall in Fukushima europaweit entbrannte Debatte über Atomenergie zur Kenntnis genommen worden. Dementsprechend setzt sich die Berichterstattung stark mit den energiepolitischen Vorgängen im europäischen Umland auseinander, die kritisch begutachtet werden und zu denen eindeutig Position bezogen wird. Auf die spanische Kernenergie-debatte [Viëtor, 2011, S. 75ff] nimmt das atomare Unglück in Japan kaum Einfluss. Bereits seit Jahren wird auch in Spanien über Energiealternativen diskutiert. Diese Diskussion erhält durch die japanische Katastrophe zwar einen neuen Schub, rasche oder vollkommen neue Konzepte lassen sich aber nicht finden. Die Stimmung der Gesellschaft wird in den Medien ebenso rezipiert wie die unterschiedlichen parteipolitischen Vorstellungen. Als Gemeinsamkeit lässt sich der Wunsch nach einer wissenschaftli-

⁴⁶ Vgl. Lemaître, Frédéric: *La conversion d' Angela Merkel en faveur d' une sortie du nucléaire*, *Le Monde*, 02.04.2011.

⁴⁷ Vgl. Kempf, Hervé: *L'énergie est politique*, *Le Monde*, 16.03.2011.

⁴⁸ Vgl. Bové, José, Cohn-Bendit, Daniel, Joly, Eva, Hulot, Nicolas: *Un referendum sur le nucléaire en France*, *Le Monde*, 13.05.2011.

chen Auseinandersetzung um einen Energiewandel feststellen, aus der gut überlegte energiepolitische Entscheidungen resultieren sollen. Weder durch Medien noch die Gesellschaft wird Druck auf die Politik ausgeübt, einen Energiewandel weg von der Atomkraft vorzunehmen. So kann sich Spanien seinen dringenderen Problemen zuwenden und die in den spanischen Medien als ideologisch wahrgenommenen Diskussionen und Entscheidungen seinen europäischen Partnern überlassen.

VI.1 El País

Die Auswertung der Recherche zu Fukushima energía nuclear im Online-Archiv der größten und auflagenstärksten spanischen Tageszeitung El País ergab für den Untersuchungszeitraum 14.03.-31.05.2011 in der Edición impresa eine Gesamtartikelzahl von 123. Hiervon erschienen 74 im März, 36 im April und 13 im Mai; nur 3 davon weisen einen expliziten und ausschließlichen Bezug auf Spanien auf. Für die detaillierte Analyse wurden 7 relevante Publikationen ausgewählt, davon 4 aus dem Monat März, 3 aus Mai.

Inhaltliche Analyse

El País ist um eine differenzierte Darstellung bemüht und stellt immer wieder objektiv verschiedene Standpunkte gegenüber. Die Diskussion über den Umgang mit der Atompolitik gibt es in Spanien schon jahrelang: die sozialistische PSOE treibt den Energiewandel und den Ausbau der erneuerbaren Energien voran, während die bürgerlich-konservative PP schon 2003 unter Ministerpräsident Aznar (1996 bis 2004) das Festhalten an der Atomkraft propagierte. Nach Fukushima und unter Eindruck der bevorstehenden Wahlen im November 2011 fällt beiden politischen Lagern, der damaligen PSOE-Minderheitsregierung unter Zapatero und der PP, die mit Rajoy den Ministerpräsidenten stellt, eine eindeutige Positionierung schwer. Politiker und Medien fordern einen inhaltlichen und nicht ideologischen Diskurs, an dessen Ende wohlüberlegte Entscheidungen stehen sollen. Gerade im Hinblick auf den absehbaren Regierungswechsel sind sich die Abgeordneten sicher, dass sich energiepolitisch letztlich die Atomkraft-Befürworter durchsetzen werden, da es weder aus Medien noch aus der Bevölkerung wirklich konkrete Forderungen nach einem Energiewandel gibt.⁴⁹

Hauptaugenmerk scheint sowohl bei Politikern wie auch bei den Medien darauf zu liegen, dass die spanische Bevölkerung nicht, wie in anderen europäischen Ländern, in Panik verfällt sondern Ruhe bewahrt. Regierungspräsident Zapatero ordne zwar eine Überprüfung der spanischen AKWs an, dies diene aber mehr einem Abklopfen potentieller Risiken als einer Darstellung wirklicher Sicherheitsprobleme. Aus dem Unglück in Fukushima müssen Konsequenzen gezogen und Lektionen bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen gelernt werden, was eine rigorose Statusanalyse und ver-

⁴⁹ Vgl. C.E.C.: *Los Pronucleares velan armas en España (de momento)*, El País, 20.03.2011.

stärkte Kontrollen der Meiler bedeute. Eine Debatte um die Zukunft der Atomtechnologie sei notwendig und wichtig. Allerdings dürfe sie nicht auf eine emotionale Ebene abrutschen, sondern müsse auf einem realpolitischen, vernünftigen Niveau bleiben.⁵⁰

Im Zuge einer kritischen Betrachtung der verschiedenen pro- und anti-atomaren Standpunkte werden unterschiedliche Expertenmeinungen veröffentlicht. Vertreter von Greenpeace und der Fundación Renovables halten die Atomkraft für politisch, moralisch, ökonomisch und sozial nicht länger vertretbar und treten für ein Spanien ein, das seine Stromversorgung auch ohne Atommeiler gewährleistet. Allerdings sei dies nicht sofort realisierbar, da die gesamte Energiesituation momentan noch von zu viel Abhängigkeit und zu hohem CO₂-Ausstoß geprägt sei. Der Direktor von Foro Nuclear verweist darauf, dass Atomenergie die einzige wirkliche Alternative der Energiegewinnung sei, wenn man langfristig auf fossile Energieträger verzichten wolle. Er plädiert, ebenso wie Vertreter des spanischen Wissenschaftsministeriums, für eine Debatte frei von Dogmen und Vorurteilen und für Entscheidungen, die losgelöst von Mitgefühl für die Japaner und wahltaktischen Motiven geführt werde.⁵¹

Den deutschen Atomausstieg und die starke Anti-Atomhaltung der Deutschen auch auf EU-Ebene teilt El País nicht. Der Wandel, hier repräsentiert durch EU-Kommissar Günther Öttinger, von einem der größten Atomkraft-Nutzer und -Befürworter hin zum Vertreter einer atomaren Apokalypse sei nur schwer nachvollziehbar. Spanien werde sich, trotz des bereits feststehenden deutschen Atomausstiegs und des britisch-französischen Festhaltens an der Atomkraft, nicht zu einer vorzeitigen Entscheidung drängen lassen. Über acht Atommeiler, die 18% der spanischen Elektrizitätsversorgung übernehmen und deren Wirtschaftsleistung und den daran hängenden Arbeitsplätzen werde nicht von heute auf morgen entschieden. ⁵²

VI.2 ABC

ABC als rechts-konservatives Blatt beschäftigt sich quantitativ weniger mit der Thematik, bezieht qualitativ aber sehr viel eindeutiger Stellung als El País. Im Zeitraum vom 14.03.2011 bis zum 31.05.2011 ergibt die Suche im Online-Archiv der Zeitung für fukushima energía nuclear insgesamt 57 Artikel. Es erscheinen 32 der Publikationen im März, 14 im April und 7 im Mai, von denen 9 (6 aus März, 2 aus April und 1 aus Mai) zur genauen Analyse ausgewählt worden sind.

Inhaltliche Analyse

Die gesamte Berichterstattung der ABC zur Reaktorkatastrophe ist gegenüber der Kernenergie sehr unkritisch. Sie steht der neu entflammten Anti-Atombewegung in Europa skeptisch gegenüber und verurteilt insbesondere die Energiepolitik Deutsch-

⁵⁰ Vgl. Garea, Fernando: *Zapatero ordena revisar todas las centrales españolas*, El País, 17.03.2011.

⁵¹ Vgl. Losa, J.: *“Hay que huir de los dogmatismos en el debate nuclear“*, El País, 18.03.2011.

⁵² Vgl. Martínez de Rituerto, Ricardo: *La energía atómica divide a Europa*, El País, 31.05.2011.

lands immer wieder scharf. Die Kernenergie werde die Ereignisse an den japanischen Reaktoren überstehen, wahrscheinlich sogar gestärkt aus ihnen hervorgehen und auch weiterhin ein zentrales Element der weltweiten Energieversorgung bleiben.⁵³ Im Hinblick auf die eigene Energiepolitik wird ein verantwortungsbewusster Umgang mit dem Thema gefordert, der sich von Wahltaktiken distanzieren und sich an realer Problemlösung orientieren solle. Hier steht an erster Stelle die Überprüfung der Sicherheitsvorgaben in spanischen AKWS und deren Umsetzung, da man sich durchaus bewusst ist, dass es sich bei der Atomkraft nicht um eine perfekte, unverbesserliche Technologie handelt, sondern nach wie vor um ein Forschungsgebiet. Allerdings wird es begrüßt, dass in der Politik keine Zeichen für einen Energiewandel ausgesendet werden und somit Spekulationen um eine nachlassende Unterstützung der Kernenergie von vorneherein kein Raum gegeben wird.⁵⁴

In einer von ABC in der Bevölkerung durchgeführten Umfrage zeigt sich, dass die japanische Katastrophe nicht zu einem energiepolitischen Sinneswandel geführt hat, obwohl die Bevölkerung gespalten bleibt: 40,6% der Spanier sind nach wie vor für, 44,2% gegen Atomenergie. Zwar würden die Vor- und Nachteile der Kernkraft deutlicher wahrgenommen, dies ändere aber, vor allem bei jungen und gut ausgebildeten Menschen, nichts an deren positiven Einstellung zur Atomkraft. Bei Studenten ließe sich sogar ein Zuwachs bei den Atom-Befürwortern nach dem Reaktorunfall auf 57% feststellen. Die spanische Bevölkerung fürchtet sich kaum vor einem Fukushima-ähnlichen Unfall im eigenen Land, da die natürlichen Begebenheiten sich deutlich von denen Japans unterscheiden. Zwar wünsche man sich verbesserte Sicherheitsvorkehrungen. Atomkraft werde aber nicht als beunruhigendes Element wahrgenommen, so dass eine Abkehr und technologische Neuausrichtung nicht notwendig sei und von den Spaniern auch nicht gefordert werde.⁵⁵

Die deutsche energiepolitische Kehrtwende wird skeptisch betrachtet. Kanzlerin Merkel wird politisch frivoles und damit fragwürdiges Verhalten unterstellt. Gedeutet wird die Entscheidung als rein wahlpolitisch und als Versuch, die deutsche Wählerschaft zu besänftigen, um sie zurück auf die Seite der schwarz-gelben Koalition zu ziehen. Kanzlerin Merkel habe auf den wachsenden Druck aus der Bevölkerung und die anhaltenden Massenproteste reagieren müssen und deswegen eine unüberlegte Entscheidung getroffen. Durch den Atomausstieg steige das Risiko erhöhter CO₂-Emissionen, der Strompreis sei bereits jetzt schon um 12% angestiegen.⁵⁶

⁵³ Vgl. *Nucleares, sí*, ABC, 20.03.2011, S. 4.

⁵⁴ Vgl. Vargas Llosa, Álvaro: *Histeria nuclear*, ABC, 26.03.2011, S. 16.

⁵⁵ Vgl. Pérez-Barco, M. J.: *Fukushima no ha cambiado la opinion sobre las nucleares*, ABC, 21.04.2011, S. 48.

⁵⁶ Vgl. Villapadierna, R.: *Merkel anuncia el apagón nuclear alemán para 2022*, ABC, 31.05.2011, S. 32.

Interessant ist der mehrfach gewählte psychologische Ansatz, um den zum Teil mit Hysterie und Panik verbundenen Diskurs um eine Neubewertung der energiepolitischen Lage europaweit zu beurteilen. Wichtig sei es, der Katastrophe mit Ruhe zu begegnen, Probleme zu lokalisieren und die spanischen AKWs einer Überprüfung zu unterziehen, um die Öffentlichkeit zu beruhigen. Einer sozialen Atmosphäre, die ohnehin voller technischer Vorurteile sei, dürfe man nicht mit unüberlegten Handlungen und Äußerungen begegnen, sondern müsse ihr eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Thematik bieten. Fukushima diene als Beispiel, anhand dessen gezeigt werden könne, wie groß der Einfluss von Angst auf die Politik im atomaren Diskurs ist und wie schwer diese als unkalkulierbarer Machtfaktor zu beherrschen sei.⁵⁷

VII Zusammenfassung

Die Katastrophe rund um den Tsunami und das Atomunglück in Fukushima wird in allen untersuchten Zeitungen eingehend besprochen und reflektiert. Mitgefühl mit der japanischen Bevölkerung und Entsetzen über die Ausmaße der Ereignisse werden ausführlich beleuchtet und zum Ausdruck gebracht.

Die Anzahl der Artikel in allen Zeitungen nimmt von März bis Mai 2011 kontinuierlich ab, die Berichterstattung zur nuklearen Katastrophe und zur folgenden energiepolitischen Diskussion wird von anderen tagesaktuelleren Themen abgelöst. Unmittelbar nach der Katastrophe, als die Folgen noch nicht absehbar sind und jeden Tag mit neuen Hiobsbotschaften aus Japan gerechnet werden muss, ist die Berichterstattung intensiver und bringt die Menschen tagesaktuell mit mehreren Publikationen auf den neuesten Stand. Das Interesse an den Vorgängen am japanischen AKW und die unmittelbaren Konsequenzen für das eigene Leben ist zu Anfang des Untersuchungszeitraumes in allen Ländern hoch, nimmt mit der Zeit aber auch überall ab. In Deutschland begleiten die Medien die innenpolitische Auseinandersetzung vom Unglückstag bis zum Beschluss des Atomausstiegs kontinuierlich. Da diese Energie-wende weder in Großbritannien und Frankreich noch in Spanien ernsthaft in Betracht gezogen worden ist, konnte die atompolitische Diskussion in diesen Ländern viel schneller von für die Staaten relevanteren Themen abgelöst werden.

Der Ruf nach Konsequenzen und Lehren aus Fukushima erschallt überall, unterscheidet sich aber in Stärke und Inhalt deutlich. Während in Deutschland der Atomausstieg zum zentralen Thema der medialen Auseinandersetzung gemacht wird, wird in Frankreich, Großbritannien und Spanien der Ausstieg nur im Hinblick auf die deut-

⁵⁷ Vgl. Camacho, Ignacio: *Notas sobre una psicosis*, ABC, 17.03.2011, S. 15.

schen energiepolitischen Entscheidungen thematisiert.⁵⁸ Für diese drei Länder selbst wird er in den betrachteten Medien nicht wirklich zum Thema.

Die Artikel spiegeln wider, dass Fukushima in Deutschland zu einer völligen Neubewertung der atomaren Diskussion geführt hat, an deren Ende der Status Quo aufgelöst werden musste. Die FAZ bemüht sich um eine Diskussion, in der Chancen und Risiken einander gegenüber gestellt und Pro und Contra gegeneinander abgewogen werden. Festzuhalten ist, dass sich die FAZ mit der Art und Weise, wie der Atomausstieg beschlossen wurde, nicht identifiziert, und die von Anfang an kritische Haltung wird bis zum Ende des untersuchten Zeitraumes nicht aufgegeben. Interessant ist, dass in der FAZ auf die Rolle der Medien und ihre Verantwortung im Umgang mit Katastrophen dieses Ausmaßes hingewiesen wird, so dass eine selbstreflektierende Auseinandersetzung und Berichterstattung in dieser Zeitung ein Stück weit vorausgesetzt werden kann.

Die Süddeutsche Zeitung ist in ihrem Diskurs deutlich polemischer und bezieht eine eher atomkritische Stellung: Der Atomtechnologie wird in Deutschland kaum noch eine Zukunft zugesprochen. Der Energiewandel wird sowohl als politische wie auch als ökonomische Chance gesehen und die Hoffnung, die gesamte Stromerzeugung in einigen Jahren ausschließlich über erneuerbare Energien gewährleisten zu können, ist groß. Man orientiert sich an den gesellschaftlichen Strömungen und greift diese in der Berichterstattung auf, um der Bedeutung der deutschen Bevölkerung in diesem Prozess eine Stimme zu geben.⁵⁹

Einig sind sich die beiden großen deutschen Tageszeitungen in der Kritik an der Vorgehensweise der Kanzlerin, die sowohl in FAZ wie auch in SZ als zu schnell und ohne wirkliche demokratische Legitimation rezipiert wird. Unterschiede lassen sich in der grundsätzlichen Meinung zum Atomausstieg festhalten, der kritisch bis befürwortend bewertet wird. Die jeweiligen Gegenmeinungen werden in beiden Medien von externen Autoren behandelt: die absolute Befürwortung des Atomausstiegs wird in der FAZ von Gerd Leipold verfasst, langjähriger Geschäftsführer von Greenpeace International. In der SZ kommen Johannes Lambertz und Johannes Teysen, Vorstandsvorsitzende von RWE Power AG und Eon, zu Wort, um die mit einem Ende des Atomzeitalters verbundenen Risiken darzustellen. Dieses Vorgehen erscheint als Indizien dafür, dass beide Zeitungen versuchen, ein ausgewogenes Bild der energiepolitischen Situation abzubilden, das allen Meinungen Platz bietet.

⁵⁸ Auch in diesen Ländern gibt es Forderungen nach dem „Ausstieg“. Sie spielen jedoch in den hier untersuchten Medien keine wichtige Rolle.

⁵⁹ Dieses Ergebnis deckt sich mit den Resultaten der Arbeit von J. Krahl [Krahl, 2011], die am Beispiel Krümmel zeigt, dass die SZ der Kernkraft generell und ausgeprägt kritisch gegenüber steht, während die FAZ überwiegend konkrete technische und organisatorische Mängel kritisiert.

Während der Reaktorunfall in Deutschland in Bezug auf den energiepolitischen Wandel betrachtet wird, spielen in den anderen Ländern die Auswirkungen auf internationale Märkte und die eigene Wirtschaft eine große Rolle. Anstelle eines Ausstiegs aus der Kernenergie stehen in Großbritannien und Frankreich vor allem verbesserte Sicherheitsvorkehrungen in AKWs im Blickpunkt der öffentlichen Debatte. Die spanischen Zeitungen distanzieren sich sowohl von einem Ausstieg wie auch von einer eindeutigen Zusage zur Atomkraft und sehen in ihrer energiepolitischen Energieentwicklung einen Prozess, für den sie sich Zeit nehmen wollen. Dass die Energiepolitik bei ihnen nicht im unmittelbaren Blickpunkt des öffentlichen Interesses liegt, ist wohl hauptsächlich ein Indiz für ihre bereits zu diesem Zeitpunkt äußerst angespannte innenpolitische Lage.

Der deutsche Energiewandel wird in allen drei Ländern ähnlich skeptisch gesehen: beim Atomausstieg und dem Wandel in der deutschen Energiepolitik handelt es sich sowohl für die Briten und Franzosen wie auch für die Spanier um eine wahlpolitische Entscheidung, die Bundeskanzlerin Merkel getroffen hat, um die Chance auf eine Wiederwahl zu verbessern. Auswirkungen auf die eigenen politischen Entscheidungen wird der deutsche Weg in ihren Augen nicht haben. Mögliche Konsequenzen sehen die Franzosen eher für das deutsch-französische Verhältnis in Bezug auf den Energiesektor, weil durch den deutschen Weg, der zudem ohne Konsultation mit den Nachbarn beschritten wurde, ein weiteres gemeinsames energiepolitisches Vorgehen nahezu ausgeschlossen ist.

Der Ansatz der FAZ, an einen verantwortungsbewussten Umgang der Medien mit dem brisanten Thema Atomkraft zu appellieren, wird in Großbritannien von Regierungsvertretern übernommen. Sie sind sich der Gefahr bewusst, dass Atomkritik in Angst umschlagen kann, und sie beurteilen deren gesellschaftliche Auswirkung als nicht zu kontrollierenden Teufelskreis, dem von Anfang an entgegengewirkt werden muss. In den untersuchten Artikel wird dies aufgegriffen, und sie halten fest, dass es keinen Grund gibt, die Lage zu dramatisieren und auf britische Umstände zu übertragen. Auch die spanischen Medien greifen den ruhigen Ton und die Gelassenheit der Politik im Umgang mit der Reaktorkatastrophe auf. Panik innerhalb der Bevölkerung soll auf jeden Fall vermieden werden, hektische und unüberlegte Entscheidungen, wie in Deutschland, werden kritisiert und kommen für Spanien nicht in Frage.

Auch in den drei europäischen Ländern, deren mediale Rezeption bewertet worden ist, ist man sich der Gefahr, die von Kernenergie ausgeht, wenn man nicht sorgsam mit ihr umgeht, bewusst, und fordert deswegen überarbeitete Sicherheitsvorkehrungen und Transparenz von den Atomunternehmen und der Politik. Ein gemeinsamer Weg von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist vor allem für Großbritannien und Frankreich für eine ausgewogene Stromerzeugung ebenso unabdingbar wie ein Energiemix, aus der nicht einfach ein Lieferant herausgeschnitten werden kann. In Spanien soll zukünftig mehr in den Bereich der erneuerbaren Energien investiert

werden, um langfristig bei der Stromversorgung auf fossile Energieträger ganz verzichten zu können. Dass dabei aber auf Atomkraft vollständig verzichtet werden soll, wird nicht gefordert.

Das angebliche Phänomen der „deutschen Atomangst“ wird auch im europäischen Umland leicht spöttisch wahrgenommen. Interessant ist, dass Angst wörtlich und nicht übersetzt in das Vokabular der anderen untersuchten Zeitungen übernommen wird, um den deutschen Umgang mit Atomkraft und die, aus ausländisch betrachteter Perspektive, überzogenen Reaktionen auf den Reaktorunfall ansatzweise erklären zu können. Offensichtlich ist es den ausländischen Medien nicht möglich oder sie sind nicht willens, das deutsche Verhalten sprachlich mit eigenen Worten zu fassen. Das kann ein Hinweis darauf sein, wie unterschiedlich die Risiken dieser Technologie zum einen in den verschiedenen Gesellschaften, zum anderen aber auch in den Medien wahrgenommen werden. Dieses Phänomen der Angst darf bei der Betrachtung der deutschen medialen Rezeption nicht außen vorgelassen werden, weil sie die gesamte Atomdebatte von Anfang an begleitet hat. Allerdings ist die Klärung der Fragen, ob es dieses Phänomen wirklich gibt, was es ausmacht, wo es herkommt und warum es in Deutschland, nicht aber nicht in diesem Ausmaß in Großbritannien, Frankreich oder Spanien existiert, nicht Aufgabe dieser Arbeit, kann aber vielleicht dazu beitragen, den differenzierten Diskurs zum Thema und die gesellschaftlichen Reaktionen auf die japanische Atomkatastrophe mit zu erklären.

Anmerkung: Alle untersuchten Artikel stehen im Original in der Reihenfolge zu Verfügung, wie sie im Text vorkommen. Sie können bei wo.fischer@fz-juelich.de angefordert werden.

VIII Literatur

- BERR (2008) *Meeting the Energy Challenge. A White Paper on Nuclear Power*. London, Department for Business Enterprise & Regulatory Reform, <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/http://www.berr.gov.uk/files/file43006.pdf>.
- CORNER, A., VENABLES, D., SPENCE, A., POORTINGA, W., DEMSKI, C. & PIDGEON, N. (2011) Nuclear power, climate change and energy security: Exploring British public attitudes. *Energy Policy*, 39:9, 4823-4833.
- DECC (2011) *National Policy Statements for energy infrastructure*. London, Department of Energy and Climate Change, http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/meeting_energy/consents_planning/nps_en_infra/nps_en_infra.a.spx.
- FEINDT, P. H. (2010) *Umwelt- und Technikkonflikte in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts - Bestandsaufnahme*. In FEINDT, P. H., SARETZKI, THOMAS (Ed.) *Umwelt- und Technikkonflikte*. 9-28, Wiesbaden, VS Verlag.

- HEINISCH, C. S. (2007) *Medienanalyse. Methodik und Wertschöpfung der kontinuierlichen Klassifizierung und inhaltlicher Bewertung von Artikeln*. In WÄGENBAUER, K. (Ed.) *Medienanalyse. Methoden, Ergebnisse, Grenzen*.67-82, Baden-Baden, Nomos.
- HICKETHIER, K. (2010) *Einführung in die Medienwissenschaft*. Stuttgart, Weimar, J.B. Metzler (2. Auflage).
- KRAH, J. M. (2011) *Es war kein Notfall, es war kein Störfall, es war ein Ereignis*. Jülich, IEK-STE, STE-Student Research Reports 01/2011.
- MERTEN, K. (2007) *Medienanalyse in der Mediengesellschaft*. Baden-Baden, Nomos.
- MEZ, L., SCHNEIDER, M. & THOMAS, S. (Eds.) (2009) *International Perspectives on Energy Policy and the Role of Nuclear Power*, Bentwood, Essex, Multi-Science Publishing.
- MÜLLER, R. (2007) *Datenbankgestützte Presseanalyse*. Baden-Baden, Nomos.
- NEUMANN, K. (2011) *Medienanalyse*. In BOHNSACK, R., MAROTZKI, W. & MEUSER, M. (Eds.) *Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung*.115-116, Opladen, Farington Hills, Budrich (3. Auflage).
- RADKAU, J. (2011) Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61:46-47, 7-15.
- RAO, A. (2011) Nuclear Power Plants for the Renaissance: Looking into the Crystal Ball. *Energy & Environment*, 22:1, 17-24. 10.1260/0958-305X.22.1-2.17
- ROOSE, J. (2010) *Der endlose Streit um die Atomenergie. Konfliktsoziologische Untersuchung einer dauerhaften Auseinandersetzung*. In FEINDT, P. H., SARETZKI, THOMAS (Ed.) *Umwelt- und Technikkonflikte*.79-103, Wiesbaden, VS Verlag.
- SCHNEIDER, M., FROGGATT, A. & THOMAS, S. (2011) *Nuclear Power in Post-Fukushima World* Worldwatch, Washington D.C.
- VIËTOR, M. (2011) *Energiesicherheit für Europa: Kernenergie und Erdgas als Brückentechnologien*. Baden-Baden, Nomos.
- WEART, S. R. (1989) *Nuclear Fear: A History of Images*. Cambridge, Harvard University Press.

Preprints 2012

- 01/2012 Schlör, Holger, Fischer, Wolfgang, Hake, Jürgen-Friedrich: Measuring social welfare, energy and inequality in Germany.
- 02/2012 Schumann, Diana, Tvedt, Sturle, Torvatn, Hans Y.: The influence of knowledge, trust and perceptions of risks and benefits on the stability of attitudes towards CO₂ capture and storage (CCS). A comparative structural equation modelling analysis of data from representative surveys in Germany and Norway.
- 03/2012 Kronenberg, Tobias: Nachhaltige Stabilisierungspolitik.
- 04/2012 Stenzel, P.
- 05/2012 Pesch, Thiemo, Martinsen, Dag, Heinrichs, Heidi, Hake, Jürgen-Friedrich: The German "Energiewende" – A Scenario Analysis.
- 06/2012 Baufumé, Sylvestre, Grube, Thomas, Grüger, Fabian, Krieg, Dennis, Linssen, Jochen, Weber, Michael, Hake, Jürgen-Friedrich, Stolten, Detlef: GIS-based analysis of hydrogen pipeline infrastructure for different supply and demand options.

STE-Research Reports 2012

- 01/2011 Hake, V. M.; Rotte, R., Fischer, W.: Medienanalyse zum Reaktorunfall in Fukushima.

Systems Analysis and Technology Evaluation at the Research Centre Jülich

Many of the issues at the centre of public attention can only be dealt with by an interdisciplinary energy systems analysis. Technical, economic and ecological subsystems which interact with each other often have to be investigated simultaneously. The group Systems Analysis and Technology Evaluation (STE) takes up this challenge focusing on the long-term supply- and demand-side characteristics of energy systems. It follows, in particular, the idea of a holistic, interdisciplinary approach taking an inter-linkage of technical systems with economics, environment and society into account and thus looking at the security of supply, economic efficiency and environmental protection. This triple strategy is oriented here to societal/political guiding principles such as sustainable development. In these fields, STE analyses the consequences of technical developments and provides scientific aids to decision making for politics and industry. This work is based on the further methodological development of systems analysis tools and their application as well as cooperation between scientists from different institutions.

Leitung/Head: Prof. Jürgen-Friedrich Hake
Forschungszentrum Jülich
Institute of Energy and Climate Research
IEK-STE: Systems Analysis and Technology Evaluation
52428 Jülich
Germany
Tel.: +49-2461-61-6363
Fax: +49-2461-61-2540,
Email: preprint-ste@fz-juelich.de
Web: www.fz-juelich.de/ste